

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Wegzugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-  
teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,  
unter Eingeladent 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss  
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verlaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 210

Freitag, 9. September

1921

## Ablehnung der Aufnahme aller Staaten in den Völkerverbund.

Genf, 7. September. Die erste Kommission des Völkerverbundes beschloß heute, den Antrag der argentinischen Delegation abzulehnen, wonach alle selbständigen Staaten auf ihr Verlangen in den Völkerverbund aufgenommen werden sollen, wobei der Ausschuss jedoch keine Sympathie für die idealen Beweggründe des Antrages ausdrückte.

## Die irische Frage.

London, 7. September. Das britische Kabinett tritt heute in Iwerney zusammen, um die letzte Antwort de Valeras auf das Angebot der britischen Regierung zu erörtern. Den Briten zufolge wird Lord Curzon wegen einer Unmöglichkeit nicht an der Kabinettsitzung teilnehmen können.

Der politische Berichterstatter der „Daily Mail“ meldet aus Iwerney: Es wird den Sinnfeinern eine kurze Spanne Zeit gewährt werden, in der sie endgültig erklären müssen, ob sie in eine Konferenz auf der in dem Angebot der britischen Regierung niedergelegten Grundlage eingetretten gewillt seien. Die Regierung werde sich nicht die gesamten Fragen dem Parlament unterbreiten, bevor sie die Repressionspolitik in Irland wieder einführt. Sie würde es sogar vorziehen, die Frage dem Lande zu unterbreiten. Die Möglichkeit von Reumutungen im Herbst sei unter diesen Umständen keineswegs ausgeschlossen. Lord George hege aber immer noch die Hoffnung, daß die Sinnfeiner jetzt die Gefahren einer weiteren Verzögerung einsehen würden.

London, 7. September. Der parlamentarische Ausschuss des Gewerkschaftsausschusses und der nationale Volksgewerkschaft der Arbeiterpartei haben gestern in einer gemeinsamen Sitzung ein Telegramm an Lloyd George über die irische Frage beschlossen, in dem erklärt wird, es müßten neue Schritte getan werden. Die britische Regierung müsse die Vertreter des irischen Volkes zu einer Konferenz einladen. In der Entscheidung wird nachdrücklich erklärt, daß der Krieg mit den Sinnfeinern niemals die Genehmigung des britischen Volkes erhalten würde.

Dublin, 7. September. De Valera erklärte in einer Ansprache, die britischen Staatsmänner seien Irland zweifelhafte Kargarine für Butter an und seien vertrießlich, daß Irland sie nicht annehme. Er fuhr fort: Die englische Presse sagt, ob wir Frieden wünschen. Wir haben ihn gewünscht und wünschen ihn sehr herzlich. Aus diesem Grunde lehnen wir es ab, die Dinge anders zu sehen, als sie sind. Der Frieden kann niemals auf Verpflegungen gegründet werden. Lassen Sie uns jede Verfehlung und Ungehorsam vermeiden. Wenn England ein Ultimatum ergehen lassen will, laßt es ein Ultimatum sein. Kein Vorwand wird verhindert, daß die Gewalt als das anerkannt wird, was sie wirklich ist. Wir kämpfen für die Gründung einer natürlichen Union. Jeder, der Großbritannien als Freund zu sehen wünscht, wird helfend eingreifen.

London, 7. September. (Heuter.) Es ist ein Ausschuss eingesetzt worden, der aus allen in Schottland anwesenden Kabinettsmitgliedern besteht und die irische Frage behandeln soll und mit allen Vollmachten handeln soll, sobald die nächste Antwort de Valeras eintrifft. Möglicherweise wird noch ein weiterer Kabinettsrat in Iwerney abgehalten werden. Ferner ist ein Kabinettsausschuss eingesetzt worden, der sich mit der Arbeitslosenfrage beschäftigen soll.

Iwerney, 7. September. (Heuter.) Heute fuhr das Kabinett zu einer wichtigen Sitzung zusammengetreten, um die irische Antwort zu besprechen. Tausende von Zuschauern drängten sich auf den Straßen und jubelten Lloyd George zu, der mit dem König in der Royal Box gesiesselt und eine zweifelhafte Unterredung gehabt hatte. Die Redezeit, habe Lloyd George betont, es sei notwendig, die Verhandlungen fortzusetzen. Die Regierung erwiderte sich hauptsächlich auf die Frage, den Sinnfeinern für die Annahme oder

## Bayern und das Reich.

### Um die Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Berlin, 8. September. Ein Münchener Telegramm meldet, die bayerische Delegation in Berlin solle gemäß den Beschlüssen des Ministeriums vom 5. d. M. die Verordnung des Reichspräsidenten betr. Zeitungs- und Versammlungsverbote anerkennen, sofern die Ausführung den bayerischen Behörden überlassen bleibe und den verbötenen Zeitungen die Herbeiführung einer richterlichen Entscheidung ermöglicht werde. Dagegen sei der Abordnung nicht gestattet, über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern zu verhandeln. Sie sei vielmehr beauftragt, der Reichsregierung nochmals darzulegen, daß vom Standpunkte der bayerischen Regierung dieser Ausnahmezustand eine unbedingte Notwendigkeit darstelle. Ungehörige Abmachungen werde die bayerische Abordnung nicht zu treffen haben. Vielmehr bleibe die letzte Entscheidung der bayerischen Regierung selbst vorbehalten.

### Eine militärische Organisation in Bayern?

Berlin, 8. September. Die „Freiheit“ behauptet, daß die in Bayern nach Auflösung der Einwohnerwehren unter dem Namen „Rotbann“ geschaffene neue Organisation, die zum Schutz gegen den Streikrisiko dienen soll, in Wirklichkeit eine verkleidete Einwohnerwehr sei. Bei den Münchener Demonstrationen für die Republik sei der Rotbann in Alarmbereitschaft gewesen. Er habe also militärische Ziele und werde von denselben Personen geleitet, wie die bisherigen Einwohnerwehren. Die Reichsregierung werde nicht umhin können, sich mit dieser Organisation eingehend zu befassen.

### Die sozialdemokratischen Parteien und die bayerische Frage.

Berlin, 8. September. Die der „Vorwärts“ meldet, hätten am Mittwoch Vertreter der S. P. D. mit solchen der U. S. P. D. eine vertrauliche Aus-

sprache über die politische Lage. Man war sich darüber einig, daß sich zum Schutze der Republik ein gemeinsames Vorgehen beider Parteien empfehle. Im Vordergrund stand die bayerische Frage. Abseitig wurde betont, daß die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern unerlässlich sei. Am Abend unterrichteten beide Parteien den Reichskanzler und den Reichsminister des Innern über ihre Auffassung. Besonders betonten sie, daß kommunistische Blätter verboten worden seien und ließen keinen Zweifel darüber, daß der im wesentlichen gegen die Reichsbehörden gerichtete Charakter der Verordnungen nicht durch untergeordnete Verwaltungsorgane verwischt und nach links umgebogen werden dürfe. Die Regierungsvertreter erklärten, wenn linksstehende Blätter zur Gewaltanwendung gegen die Verfassung oder die Vertreter der Republik auffordernden, so müsse die Verordnung auch gegen sie angewendet werden. Die Besprechung wich Donnerstag abend fortgesetzt, nachdem die Beratung mit den bayerischen Vertretern beendet ist.

### Die griechisch-türkischen Kämpfe.

London, 7. September. Nach einer Meldung aus Smyrna erlitten in den zehntägigen Kämpfen in Angora beide Teile schwere Verluste. Die an Zahl unterlegenen türkischen Kräfte leisteten bis zum letzten Mann Widerstand. Es kam zu zahlreichen Bajonettkämpfen. Die Lage der fernasiatischen Armee ist noch nicht zu übersehen.

Paris, 8. September. Einer Havasmeldung aus Konstantinopel zufolge besagen die letzten Nachrichten von der Front, daß die Griechen nach achtstägiger Schlacht auf der Salariastront ungefähr 7 km vorgezogen sind. Die Verluste würden auf etwa 30000 Mann geschätzt. Die Nachrichten von der Besetzung Angoras seien unbegründet. Gegenwärtig seien die Griechen etwa 50 bis 70 km von dieser Stadt entfernt. Der Widerstand der Türken dauert an. Die Festigkeit des Kampfes hat neuerdings nachgelassen.

Regierung hat sich gegenüber der französischen Regierung ausdrücklich bereit erklärt, auf dieser Grundlage weiter zu verhandeln. Es steht bei Frankreich, durch Mitteilung der Listen über die verschiedenen Batengruppen, die es in die Vereinbarung einbezogen zu sehen wünscht, die Verhandlungen zu beschleunigen.

Weber der Abschluß des deutsch-italienischen Abkommens noch der Wunsch Frankreichs, auch in Deutschland einen Markt für gewisse Produkte zu finden, können also als Vorwand dafür dienen, die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen im Rheinland von der Schaffung eines besonderen Kontrollorgans für die Aus- und Einfuhr des besetzten Gebietes abhängig zu machen. Die legitimen Ansprüche Frankreichs auf entsprechende Berücksichtigung seiner Ausfuhr bei der Handhabung des deutschen Aus- und Einfuhrsystems würden seitens Deutschlands auch anderweitig sichergestellt werden.

### Die Hilfe für Rußland.

London, 7. September. Wie der „Star“ vom Auswärtigen Amte erfährt, wird sich eine internationale Kommission, sobald die Gewerkschaften ihre Zustimmung gibt, nach Rußland begeben, um zu prüfen, in welcher Weise den Opfern der Hungersnot am besten geholfen werden kann.

### Die Kämpfe in Marokko.

Paris, 7. September. Havos meldet aus Melilla: Im Gebiet von Beni Sirar haben die Mauren einen nach Rabobena unterwegs befindlichen Transport angegriffen. Nach einem für beide Teile äußerst verlustreichen Kampfe wurden die Angreifer zurückgeschlagen. In die Vorstädte Melillas fielen einige Granaten, ohne zu treppen oder Schaden anzurichten.

Paris, 7. September. Madrider Blätter versichern, daß binnen kurzem sechs Kolonnen von Melilla abgehen werden, um einen konzentrischen Angriff auf den Feind zu machen.

## Oberschlesien im Lichte der polnischen Geschichte.

Die für Deutschlands Schicksal so bedeutungsvolle Entscheidung über Oberschlesien rückt immer näher. Der Völkerverbund will diese den Weltfrieden gefährdende Frage nach Recht und Gerechtigkeit entscheiden. Aus diesem Anlaß breitet sich eine der berufensten Kenner der schlesischen Geschichte, der Breslauer Professor Dr. Wendt, in „Reclams Universalien“ die geschichtlichen Tatsachen aus, die unumkehrbar zeigen, welches Volk ein historisches Anrecht auf Oberschlesien hat. Die ersten Bewohner Oberschlesiens, deren Stammeszugehörigkeit sich bestimmen läßt, waren nicht Slawen, sondern Germanen. Erst nach der Völkerwanderung traten slawische Stämme auf, die für kurze Zeit zu dem im 10. Jahrhundert gegründeten Polenreich gehörten. Doch schon 1163 erhielt Schlesien eigene Herzöge, die 1300 die Lehnsabhängigkeit des böhmischen Königs anerkannten. So wurde dem Schlesien — und zwar Oberschlesien genau so wie das ganze Land — bis zum Jahre 1741 ein Teil des böhmischen Staates. Die Polen haben diese Veränderungen durch den Trentschiner Vertrag vom 24. August 1335 ausdrücklich anerkannt. Sie verzichteten auf ganz Schlesien, auch auf die namentlich aufgeführten ober-schlesischen Herzogtümer Oppeln, Jauernberg, Groß-Strehlitz, Kofel, Beuthen, Ratibor, Kujawitz und Teschen. Inwieweit nach 1335 und 1372, wiederholten polnische Könige, Kasimir der Große und Ludwig, diesen Verzicht in der rechtsgültigsten Form und iraten Schlesien ohne jede Ausnahme ab, also auch ohne Vorbehalt Oberschlesiens. Jede gegenteilige Behauptung von polnischer Seite ist Geschichtsfälschung. Dürren die polnischen Historiker noch irgendwie ein Anrecht auf Oberschlesien zu haben geglaubt, dann hätten sie im 15. und 16. Jahrhundert vielfach Gelegenheiten zur Geltendmachung ihrer Ansprüche gehabt. Polen griff damals in die böhmischen Thronstreitigkeiten nach dem Aussterben der Luxemburger mehrfach ein; polnische Prinzen bewarben sich um die böhmische Krone. Aber in keinem der Friedensschlüsse oder Verträge jener kampf-erfüllten Zeit, die 1526 mit dem Ausbruch Böhmens an das deutsche Kaiserhaus der Habsburger endeten, ist von irgendwelchen polnischen Ansprüchen auf Oberschlesien die Rede. Auch nach 1526 blieb ganz Schlesien mehr als 300 Jahre der unangefochtenen Besitz der Habsburger. Auch als der österreichische Erbfolgekrieg die Herrschaft der Habsburger in Böhmen und Schlesien erschütterte, behauptete Polen niemals die Gelegenheit, Anstrengungen zur Erwerbung Oberschlesiens zu machen. Der Kurfürst von Sachsen, der zugleich König von Polen war, hatte zwar zeitweilig Absichten auf Wärdern und Oberschlesien, aber diese beiden Länder sollten ein ganz neues Königreich bilden und nicht zu Polen geschlagen werden.

Als dann durch den Westfälischen Frieden von 1742 Oberschlesien mit ganz Schlesien als die Frucht des ersten schlesischen Krieges an Preußen kam, da hat Sachsen-Polen nicht den geringsten Einspruch erhoben und auch bei den späteren Friedensschlüssen von 1745 und 1763, in denen die Zugehörigkeit Schlesiens zu Preußen bestätigt wurde, erfahren wir nichts davon, daß Polen irgendwelche alte Besitzrechte auf Oberschlesien geltend gemacht hätte. Als Polen durch die Umgestaltung der politischen Welt durch Napoleon eine teilweise Wiederherstellung erfuhr und allerlei preussische Gebiete zu dem neuerschaffenen Großherzogtum Warschau geschlagen wurden, ist es Napoleon doch nie eingefallen, Oberschlesien als irgendwie zu Polen gehörig zu behandeln und deshalb mit dem neu-gebildeten Staatswesen zu vereinigen. Oberschlesien blieb auch nach der grausamen Verflechtung Preußens durch den Tiliter Frieden als ein untrennbarer Bestandteil Schlesiens bei Deutschland. Ebenjowenig wie für Napoleon konnte es für den Wiener Kongreß, der die von Napoleon völlig umgeformte politische Gestaltung Europas neu regelte, eine „ober-schlesische Frage“ geben. Das konstitutionelle Königreich Polen, das nun unter dem russischen Jaren geschaffen wurde, erhielt zwar eine Reihe neuer Staaten zugewieilt, aber von einer Aufgliederung Oberschlesiens zu „Kongreß-polen“ ist nie die Rede gewesen. Auch während